

Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule,
Soziales und Sport

Sitzungstermin: Donnerstag, 24.04.2008
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:10 Uhr
Raum, Ort: Großer Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Vorsitzende/r:

König, Antonius Stadtverordnete/r

ordentliches Mitglied:

Bonin, Hans Stadtverordneter

Buß, Joachim sachk. Bürger/in

Bis 19:30 Uhr TOP 5

Ciethier, Klaus Stadtverordneter

Bis 19:30 Uhr TOP 5

Demming, Thomas sachk. Bürger/in

Dost, Ursula Stadtverordnete

Bis 20:00 Uhr TOP 7

Dünne, Franz-Wilhelm Stadtverordneter

Ebbing, Brigitte Stadtverordnete

Bis 20:00 Uhr TOP 7

Haagen, Werner Stadtverordneter

Bis 19:30 Uhr TOP 5

Honerbom, Susanne Stadtverordnete

Kindermann, Evegret Stadtverordnete

Vertretung für Frau
Stadtverordnete Ulrike Haupt -
Bis 20:00 Uhr TOP 7

Kranenburg, Inge Stadtverordnete

Lüdke-Bender, Brigitta Stadtverordnete

Olthoff, Klaus Stadtverordneter

Ossing, Alois Stadtverordneter

Queckenstedt, Klaus Stadtverordneter

Rytz, Eva Stadtverordnete Stadtverordnete/r

Wegner, Uta sachk. Bürger/in

Wesseling-Effing, Heinrich Stadtverordneter

Ab 17:30 Uhr TOP 3

beratende Vertr. der Kirchen in Schulangel.:

Rieken, Christian

Bis 20:00 Uhr TOP 7

Gäste:

Büning, Christel Deutsches Rotes Kreuz

Bis 20:10 Uhr TOP 7

Butenweg, Ferdinand Ortsvorsteher

Bis 18:50 Uhr TOP 5

Vosgröne, Günter sachk. Bürger/in

Bis 17:30 Uhr TOP 2

Verwaltungsmitarbeiter/in:

Lührmann, Rolf Bürgermeister

Pöpping, Johannes Fachbereichsleiter

Biermann, Manfred Fachbereichsleiter

Schriftführer/in:

Kemper, Jürgen Fachabteilungsleiter

Es fehlen entschuldigt:

ordentliches Mitglied:

Haupt, Ulrike Stadtverordnete

Abgewickelte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Kulturgemeinde der Stadt Borken e.V.
a) Programmgestaltung
b) Zuschuss für die Saison 2007 / 08
Vorlage: V 2008/087
- 3 Anerkennung des Ehrenamtes
- Vortrag von Frau Büning, DRK Borken
Vorlage: V 2008/088
- 4 Sozialbericht 2007
-mündlicher Bericht-
- 5 Beteiligung am Programm des Bundesfamilienministeriums zur
Seniorenpolitik
- Antrag der UWG-Fraktion vom 03.04.2008
Vorlage: V 2008/090

- 6 Ganztagsbetreuung an den städtischen Schulen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 24.01.2008
Vorlage: V 2008/091
- 7 Mitteilungen und Anfragen

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der **Ausschuss-Vorsitzende Antonius König** eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 **Kulturgemeinde der Stadt Borken e.V.** **a) Programmgestaltung** **b) Zuschuss für die Saison 2007 / 08** Vorlage: V 2008/087

Der Vorsitzende der Kulturgemeinde, Herr Vosgröne, erläutert das in der Verwaltungsvorlage dargestellte Programm der Kulturgemeinde für die Saison 2008/2009. Er teilt mit, dass neun Theateraufführungen, sieben Konzerte, acht Aufführungen für Kinder und Jugendliche, sowie zwei Sonderveranstaltungen auf dem Programm stünden. Die Anzahl der Abonnenten sei wie in den Vorjahren relativ konstant geblieben.

Anschließend beantwortet er die Fragen der Ausschuss-Mitglieder.

Beschluss:

a) Programm für die Saison 2008/09

Der Ausschuss stimmt dem Programmvorschlag der Kulturgemeinde Borken e.V. für die Spielsaison 2008 /09 zu.

b) Zuschuss für die Saison 2008/09

Die Kulturgemeinde der Stadt Borken e.V. erhält zur Durchführung des Programms der Spielsaison 2008/09 sowie zu den Kosten für den Prospekt und die Vitrinemieten einschl. Brandwache aus dem städt. Haushalt bzw. aus Stiftungsmitteln einen Zuschuss bis zur Höhe von

63.500 €

(Die konkrete Aufteilung kann erst nach der Entscheidung des Stiftungsvorstandes erfolgen.)

Die genaue Abrechnung des Zuschusses für die Vitrinenmiete und die Brandwache erfolgt nach Abschluss der Saison 2008 /09.

Gleiches gilt für den Spendenbetrag der Saalmiete, der als Einzelansatz im Haushalt 2008 unter der HHSt. 76000.71800 mit 20.500 € veranschlagt ist.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig –

zu 3 Anerkennung des Ehrenamtes
- Vortrag von Frau Büning, DRK Borken
Vorlage: V 2008/088

Herr Pöpping teilt mit, dass der Antrag der SPD-Fraktion bereits am 20.02.2008 im Hauptausschuss behandelt worden sei. Dieser habe den Antrag einerseits an den AKS-Ausschuss verwiesen – andererseits der Verwaltung schon Aufträge erteilt.

In Ausführung des Beschlusses habe man zunächst Kontakt mit dem Kreis Borken aufgenommen, der sich seit längerem mit ähnlicher Thematik beschäftige. So habe der Kreisausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit im September 2007 beschlossen, zur Stärkung der Anerkennung des Ehrenamtes folgende vier Produkte umzusetzen, die gemeinsam das Programm “Engagierte für Engagierte” bilden.

1. Öffentlichkeitsarbeit und Beratung durchführen
2. Organisationsbezogene Anerkennungskultur unterstützen
- 3. Einführung einer “Freiwilligencard” prüfen**
4. Überregionale Anbindung sicherstellen

Zu dem Punkt “Einführung einer Freiwilligencard prüfen” möchte der Kreis die Machbarkeit und den erwartbaren Nutzen modellhaft für eine Kommune ermitteln.

An dieser Stelle würden die Interessen des Kreises und der Stadt Borken prima zusammen passen, so dass die Stadt Borken das Angebot, Modellkommune zu werden, gern annehmen sollte.

Der Kreis habe mit der Umsetzung seines Programmes “Engagierte für Engagierte” bereits das DRK beauftragt; damit sei auch die Finanzierung durch den Kreis bereits gesichert.

Frau Büning , beim DRK verantwortlich für dieses Programm, werde in einem Power-Point-Vortrag über das Projekt “Ehrenamtskarte” inhaltlich unterrichten (dieser ist der Niederschrift als Anlage beigefügt).

Frau Büning geht in ihrem Sachvortrag auf folgende Punkte ein:

1. Ehrenamtskarte in NRW – Aktueller Stand der Entwicklung und Unterstützungsleistungen des Landes
2. Vergabekriterien des Landes NRW und kommunal gestaltbare Kriterien
3. Mögliche Vergünstigungen
4. Machbarkeit und Nutzen in der Stadt Borken.

Sie teilt mit, dass im Kreis Borken die Stadt Gronau den Modellstatus für diese Maßnahme inne habe. Sie stünde in dieser Angelegenheit im ständigen Kontakt zur Stadt Gronau (z. B. über Workshops) und würde die Entwicklung dort begleiten.

Anschließend beantwortet **Frau Büning** die Fragen der Ausschuss-Mitglieder.

In der folgenden intensiven Diskussion über Anerkennungsmöglichkeiten ehrenamtlicher Leistungen in der Stadt Borken wird deutlich, wie schwierig es ist, objektiv sinnvolle Abgrenzungsmerkmale festzulegen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Kultur, Schule, Soziales und Sport befürwortet das Angebot des Kreises, im Rahmen des Programms "Engagiert für Engagierte" Modellkommune zur Ermittlung von Machbarkeit und erwartbarem Nutzen einer Freiwilligencard zu sein.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig –

zu 4 Sozialbericht 2007 -mündlicher Bericht-

Herr Biermann teilt mit, dass sich der diesjährige Sozialbericht hauptsächlich auf die Darstellung der Entwicklung im Bereich des SGB II erstreckt. Die Stadt Borken stehe nun seit drei Jahren als sog. Optionskommune in der Verantwortung für die Eingliederung Langzeitarbeitsloser in das Erwerbsleben. Anschließend erläutert er in einem Sachvortrag die zuvor verteilten Übersichten. Als Fazit teilt er mit, dass die Stadt Borken zur Zeit in der Lage sei, den Zuwachs an SGB II-Fällen durch Vermittlungen auszugleichen. Die Fallzahlen seien zur Zeit konstant, bzw. mit abnehmender Tendenz im Vergleich zu den Vorjahresmonaten, einen überdurchschnittlichen Abbau könne man jedoch angesichts der fehlenden Arbeitsplätze in Borken nicht gewährleisten.

Im Vergleich zu den Arbeitsmarktzahlen des Landes und Bundes stünde man als Region mit den niedrigsten Arbeitslosenzahlen vergleichsweise sehr gut dar.

Herr Biermann teilt weiterhin mit, dass dieses Optionsmodell im Jahre 2010 auslaufe. Sollte es zwischen dem Träger Kreis Borken und der Bundesanstalt für Arbeit zu keiner Einigung kommen, würde eine Verlängerung bis 2013 eintreten.

Bürgermeister Lührmann informiert darüber, dass er von einer Verlängerung des Modells ausgehe.

Anschließend beantwortet **Herr Biermann** die Fragen der Ausschuss-Mitglieder.

**zu 5 Beteiligung am Programm des Bundesfamilienministeriums zur
Seniorenpolitik
- Antrag der UWG-Fraktion vom 03.04.2008
Vorlage: V 2008/090**

Bürgermeister Lührmann weist darauf hin, dass der Kreis Borken das Thema im Rahmen des Programmes "Leben im Alter – neu denken" bereits bearbeite.

Frau Dost ist der Ansicht, dass das Potenzial von älteren Fachkräften (Senioren/innen) anstatt brach zu liegen, besser in Tageseinrichtungen für Kinder und in Schulen genutzt werden könne.

Der Ausschuss-Vorsitzende König schlägt dazu vor, eine Abfrage durchzuführen, um die Anzahl der "Senioren/innen" die bereits jetzt in Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen tätig seien, ermitteln zu können.

Die Ausschuss-Mitglieder wünschen einvernehmlich, dass, sobald der Verwaltung entsprechende Erlasse/Richtlinien für das Programm des Bundesfamilienministeriums vorlägen, die für das Programm "Leben im Alter – neu denken" beim Kreis Borken zuständige Sachbearbeiterin, Frau Gausling, dem Ausschuss über ihre Arbeit berichten möge.

**zu 6 Ganztagsbetreuung an den städtischen Schulen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 24.01.2008
Vorlage: V 2008/091**

Herr Pöpping weist darauf hin, dass sich zu diesem Thema in den letzten Tagen die Ereignisse überschlagen würden.

Im Januar 2008 habe die CDU-Fraktion einen Antrag gestellt, der der Vorlage beigeheftet sei. Darin habe sie das Ziel formuliert, in Borken die Ganztagsbetreuung für die Schulen in den Sekundarbereichen I und II weiter auszubauen. Damit sei die Notwendigkeit einer Mittagsmahlzeit an den betroffenen Schulen zu gewährleisten.

Zuvor seien schon Anträge der Nünning-Realschule, des Gymnasium Remigianum und der Schönstätter Marienschule eingegangen, die in der Vorlage angesprochen und zum Teil auch als Anlage angeheftet worden seien.

Am Tage des Versendens der Einladungen zu dieser Sitzung habe die Verwaltung erfahren, dass die Landesregierung für den Sekundarbereich I eine Ganztagsoffensive ankündige. Prompt seien neue Anträge zu diesem Thema eingegangen:

- a) Zum einen von Bündnis 90/Die Grünen
- b) Zum anderen von der Nünning-Realschule.

Weiter sei in der Vorlage bereits angesprochen worden, dass ein gemeinsamer Antrag der beiden Weseker Schulen und des Musikvereins Weseke zu erwarten sei. Auch dieser Antrag liege seit vorgestern vor.

Alle drei Anträge würden zu ihrer Information der Niederschrift als Anlage beigeheftet.

Anschließend geht **Herr Pöpping** noch kurz auf die Themen ein, die in der Vorlage ausführlich behandelt worden sind.

Die Betreuung an den Grundschulen sei der Vollständigkeit halber im Einzelnen dargestellt. Mit der Cordulaschule sei ein Fahrplan abgesprochen, nach dem geprüft werde, ob ab dem Schuljahr 2009/2010 nicht auch in Gemen eine offenes Ganztagsangebot zustande kommen könne.

Die Hauptschulen seien bezüglich der Ganztagsbetreuung versorgt.

Bei den Realschulen und dem Gymnasium bestehe zum Teil dringender Handlungsbedarf, der in der Vorlage genauer dargestellt sei. Gemeinsam mit den Schulen seien bedarfsgerechte und finanzierbare Raumprogramme zu entwickeln, weil Musterraumprogramme für Schulmensen nicht vorhanden seien.

Ansprüche für teilweise auch gewünschte Lehrerarbeitsplätze gebe es nicht. Solche Forderungen habe das Ministerium für Schule und Weiterbildung vor etwa 1,5 Jahren noch für sachfremd gehalten. Mit Blick auf mittelfristig sinkende Schülerzahlen dürften solche Wünsche auf Dauer im vorhandenen Bestand befriedigt werden können.

Der Absatz in der Vorlage, der auf die Gefahren eines förderschädlichen vorzeitigen Baubeginns hinweise, sei seit einigen Tagen überholt.

Das Land werde ein Investitionsprogramm auflegen, aus dem in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 insgesamt 1.000 Schulen einen Zuschuss von 100.000 € je Schule erhalten können, wenn der jeweilige Schulträger selbst auch 100.000 € für diesen Zweck bereitstelle.

Die Aufgaben dürften jetzt zügig angegangen werden. Es gehe allerdings nur der Reihe nach.

Beginnen sollte man mit der Nünning-Realschule, für die schon Planungskosten im Haushalt 2008 bereit stünden. Mindestens ebenso dringlich seien die Maßnahmen am Gymnasium, für die überplanmäßig auch die Planungskosten bereitgestellt werden sollten.

In einem 2. Schritt – und damit würde dann eine Mittelbereitstellung im Haushalt 2009 ausreichen, sollten dann die Weseker Schulen gemeinsam mit dem Musikverein und schließlich auch die Schönstätter Marienschule in Absprache mit dem mitfinanzierenden Bistum zum Zuge kommen.

Beschluss:

In Kenntnis der Gesamtsituation beauftragt der Ausschuss für Kultur, Schule, Soziales und Sport die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit den Schulen die Planungen für den Übermittagsbereich

- an der Nünning-Realschule (Mensa/Vielzweckraum)
und
- am Gymnasium (Mensa/Erweiterung des Lehrerzimmers)

kurzfristig zu starten.

Für die Nünning-Realschule sind für diesen Zweck bereits 30.000 € im Haushalt 2008 bereitgestellt.

Dem Stadtkämmerer wird empfohlen, für das Gymnasium Planungskosten in gleicher Größenordnung überplanmäßig bereitzustellen.

Über etwaige Mittelbereitstellungen für die Merian-Realschule bzw. für die Schönstätter-Marien-Schule soll in den Beratungen zum Haushalt 2009 entschieden werden.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig –

zu 7 Mitteilungen und Anfragen

Herr Pöpping erläutert die zuvor ausgeteilten Übersichten:

a) Übersicht über die vorauss. Entwicklung der Schülerzahlen an den Grundschulen der Stadt Borken (siehe Anlage)

Er führt dazu aus, dass es den höchsten Schülerstand mit 2.277 Kindern im Jahre 1998 gegeben habe. Zur Zeit seien es 1.962 Kinder und damit innerhalb von 9 Jahren 13,8 % weniger.

Soweit bislang schon überschaubar – also bis zum Schuljahr 20013/14 – werde die Zahl um weitere 320 Kinder geringer werden; so dass dann seit 1998 ein Rückgang von ca. 30 % zu verzeichnen sein werde.

Auf der hinteren Blatthälfte seien handschriftlich in Klammern gesetzte Zahlen zu sehen. Das seien die Zahlen der Kinder, die vorauss. tatsächlich jetzt im Sommer eingeschult würden. Die Zahlen würden teilweise von dem Stand der in dem früheren Einzugsbereich in dem jeweiligen Zeitraum geborenen Kindern mehr oder weniger stark abweichen. Das hänge mit Umzügen, vorzeitigen Einschulungen, Zurückstellungen, Besuch von Förderschulen oder der Montessorischule zusammen – aber zum Teil natürlich auch mit dem Wegfall der Schuleinzugsbezirke.

Bei der Engelradingschule in Marbeck z. B. würden von den in dem früheren Einzugsbereich geborenen 46 Kindern vorauss. nur 36 Kinder eingeschult, weil es jeweils einige vorziehen würden, nach Heiden zur Schule oder zur Montessorischule zu gehen bzw. an einer Förderschule eingeschult werden müssten.

Diese Veränderungen seien aber nicht außergewöhnlich; bislang hätte die Auflösung der Grundschulbezirke kaum Veränderungen gebracht. Schon in der Vergangenheit habe es in jedem Jahr Anträge zum Besuch von "nicht zuständigen Grundschulen" aus den unterschiedlichsten Gründen gegeben. Dies seien in den Schuljahren 2006/07 und 2007/08 jeweils 30 Kinder gewesen, die antragsgemäß in der "Wunschschule" eingeschult worden seien.

Jetzt, nachdem die Grundschuleinzugsbezirke aufgehoben worden seien, wollten nur 21 Kinder in einer anderen, als der für sie nach altem Recht zuständigen Schule beschult werden. Dabei sei nur 4 x der vermeintlich bessere Ruf der Schule als Grund angegeben worden; 3 x sei der Grund, dass die Wunschschule den offenen Ganztage anbiete.

Im Endergebnis bleibe festzustellen, dass zum kommenden Schuljahr der Wegfall der Grundschuleinzugsbezirke die Schullandschaft nicht verändern werde, dies erwarte die Verwaltung auch in der überschaubaren Zukunft nicht. Sobald sich dies in der Zukunft abzeichnen werde, sei zu entscheiden, ob die Zügigkeiten der Grundschulen festgelegt werden müssen.

Herr Pöpping informiert weiter zum Thema Engelradingschule und Grundschulverbund. Am 15.04.2008 habe die Bezirksregierung per e-mail nach dem Stand der Dinge gefragt.

Wunschgemäß habe die Verwaltung per e-mail geantwortet und zwar:

“Sehr geehrter Herr Sczigalla,
die bereits im vergangenen Jahr entwickelten Überlegungen zu etwaigen Grundschulverbänden in Borken waren auch Eltern von in diesem Jahr einzuschulenden Kindern aus dem bisherigen Einzugsgebiet der Engelradingschule bekannt geworden.

Befürchtungen bei einer Vielzahl dieser Eltern, dass etliche von den 36 neu einzuschulenden Kindern dann in einer deutlich entfernter liegenden Grundschule eingeschult werden müssten, haben zu erheblichen Elternprotesten gegenüber der Verwaltung, dem Ortsvorsteher und mehreren Stadtverordneten geführt.

Daher hat der Schulträger zunächst noch von einem Grundschulverbund abgesehen. In den Folgejahren ist die Zahl der in dem Ortsteil Marbeck (bisheriges Einzugsgebiet der Engelradingschule) geringer, so dass dann vermutlich alle Kinder am Wunschstandort eingeschult werden können. Dies dürfte die Bildung eines Grundschulverbundes dann erleichtern.”

Seit diesem Zeitpunkt habe die Verwaltung noch nichts wieder gehört und hoffe, dass damit die Angelegenheit für das im Sommer beginnende Schuljahr vom Tisch sei.

Die räumlichen Vorauss. für die Beschulung von zwei neuen 1er-Klassen seien in Marbeck ohne jedwede Baumaßnahme gegeben.

Die zuständige Schulaufsichtsbeamtin, Frau Schwarz, habe im Oktober 2007 beim gemeinsamen Gespräch bei der Bezirksregierung eine ausreichende Lehrerversorgung zugesagt.

Ein neuer Schulleiter für die Engelradingschule sei jedoch bei der bekannten Schülerzahlentwicklung nicht zu erwarten.

b) Übergänge zu den weiterführenden Schulen (siehe Anlage)

Herr Pöpping teilt mit, dass die Zahl der abgehenden Grundschüler im Vergleich zum Vorjahr von 498 auf 480 leicht gesunken sei.

Während die Übergänge zu den Haupt- und Realschulen praktisch gleich geblieben seien, sei der Übergang zu den Gymnasien leicht – um 0,8 % gestiegen – entsprechend sei der Übergang zu sonstigen – z. B. auswärtigen Schulen – leicht gesunken.

Sorgenkind sei allerdings in diesem Jahr die Duesbergschule, die bislang nur 34 Anmeldungen zu verzeichnen habe. Im vergangenen Jahr waren es immerhin noch 46 gewesen.

Da aber 3 Kinder an der Remigius-Hauptschule abgewiesen würden, halte es die Verwaltung für möglich, dass mindestens 2 dieser Kinder an der Duesbergschule aufgenommen würden, so dass sie dann mit 36 Kindern zumindest 2 Klassen bilden können.

Zur Information:

Aufgrund der zwischenzeitlich eingegangenen Widersprüche der betroffenen Eltern sind die drei Kinder an der Remigius-Hauptschule angenommen worden.

c) Mitteilung in Sachen Tennissport und Tanzsport

Herr Pöpping teilt mit, dass die Tennisabteilung von Westfalia Gemen bereits im November 2007 einen Antrag auf Teilübernahme von Energiekosten gestellt habe.

Andere Tennissporttreibende Vereine hätten ebenso erhebliche finanzielle Schwierigkeiten, wie in verschiedenen Gesprächen deutlich geworden sei. Der Stadtsportverband habe Anfang April ein 1. Gespräch mit Vertretern Borkener Tennisabteilungen geführt. Ein gemeinsamer Antrag sei zu erwarten, der dann dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Unabhängig davon habe der Tanzsport in verschiedenen Gesprächen um Unterstützung bei der Finanzierung einer neuen Tanzsporthalle gebeten. Da es sinnvoll erscheine, auszuloten, ob die Überkapazitäten bei den Tennishallen vielleicht dem Tanzsport von Nutzen sein können, werde der Tanzsport ab sofort eine Hallenhälfte der Gemener Tennishalle zunächst probeweise nutzen.

Wenn sich der Standort als akzeptabel erweise, dann könne ein Teilumbau der Westfalia-Tennishalle erfolgen. Dies werde sicher wirtschaftlicher sein, als eine weitere nur dem Tanzsport dienende Halle mitzufinanzieren und die Gemener Halle halb leer stehen zu haben und auch mitzufinanzieren zu müssen.

Der Ausschuss werde in einer der nächsten Sitzungen mit dem Gesamtpaket befasst.

d) Antrag des SV Hoxfeld

Herr Pöpping informiert darüber, dass nachdem in den letzten Jahren FC Marbeck, Adler Weseke, z. Zt. SV Burlo und Westfalia Gemen mit neuen Umkleiden ausgestattet worden seien bzw. würden, habe auch der SV Hoxfeld im Dezember 2007 einen Antrag auf

“Umgestaltung des Tennenplatzes in einen Rasenplatz

sowie

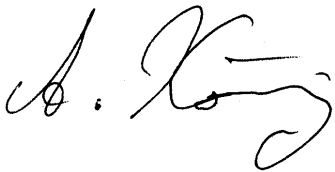
die Neugestaltung der Umkleiden“

beantragt.

Der Antrag werde der Niederschrift zur Kenntnisnahme beigelegt.

Jetzt, zu einem Zeitpunkt, zu dem die meisten Vereinswünsche zu den Sportstätten abgearbeitet seien, möchte der Stadtsportverband in Zusammenarbeit mit der Stadt eine neue Prioritätenliste entwickeln, auf der dann selbstverständlich auch die Wünsche des SV Hoxfeld berücksichtigt würden.

Der Ausschuss werde zu gegebener Zeit mit den Themen befasst.



König
Ausschussvorsitzender



Kemper
Schriftführer